

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Ein Blick zurück von Morgen

Johann Welsch

1. Vor dem Ende der Arbeitsgesellschaft?

An der Wende zum neuen Jahrtausend ist viel von einer „new economy“ die Rede. Der Beobachter bekommt den Eindruck, eine neue Form des Wirtschaftens brähe sich Bahn. Hat die kapitalistische Marktwirtschaft, welche in den letzten 150 Jahren die meisten Länder der Erde dominierte, ausgedient? Verabschiedet das 21. Jahrhundert vielleicht sogar die Arbeitsgesellschaft? Ich denke, das wird nicht der Fall sein, zumindest nicht in absehbarer Zeit. Die Normen der Arbeitsgesellschaft haben sich tief in die Strukturen und Verhaltensweisen der heutigen Gesellschaft eingefressen. „Vier Millionen und 2,8 Prozent – die Zahl der registrierten Arbeitslosen und die des Wirtschaftswachstums bis kurz vor dem Bonner Wechsel – werden für die nächsten Monate die Maßstäbe sein, an denen sich die rot-grüne Koalition messen lassen muss.“ So war vor einiger Zeit in einer überregionalen

Tageszeitung zu lesen (Frankfurter Rundschau 1998). Die genannten Indikatoren gelten in unserer Gesellschaft als Kriterien für die Beurteilung staatlicher Regierungskunst. Sie sind genuine Maßstäbe der Arbeitsgesellschaft, an denen auch die „new economy“ wenig ändern wird. Diese Maßstäbe haben weitreichende Wirkungen auch für das politische System. Die Regierung, die beim Wirtschaftswachstum und damit auf dem Arbeitsmarkt keine Verbesserungen schafft, wird abgestraft, und das bei nachhaltigem Versagen sogar durch Abwahl aus der Regierungsverantwortung. Das ist bei der letzten Bundestagswahl 1998 geschehen. Und für die neue Regierung könnte sich bald ein ähnliches Schicksal abzeichnen, sollten nicht bald durchgreifende Verbesserungen der Arbeitsmarktsituation sichtbar werden. Ungeachtet der aktuellen positiven Signale auf dem Arbeitsmarkt: Umfragen in der Bevölkerung fördern im Hinblick auf den Abbau der Arbeitslosigkeit Enttäuschungen und recht skeptische Erwartungen zu Tage. Offenbar wird der Handlungsspielraum und die Handlungsfähigkeit auch der neuen Regierung in der Beschäftigungspolitik als gering eingeschätzt.

Das ist nicht etwa nur als ein „spätes Erwachen“ der Wählerinnen und Wähler nach der Wahl zu interpretieren, das ist nach meiner Auffassung eine äußerst realistische Einschätzung. Die Bevölkerung beurteilt die Situation heute offenbar so, wie es die Auguren der arbeitspolitischen Zukunftsdebatte bereits seit langer Zeit tun – bis dato allerdings ohne großes öffentliches Echo. Als *Hannah Arendt* in den 50er Jahren die Vermutung äußerte, der Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus (Arendt 1985, Einleitung), fand dies keinen Widerhall in der öffentlichen politischen Diskussion im damaligen Deutschland.

Gliederung

1. Vor dem Ende der Arbeitsgesellschaft?
2. Konträre Indizien
3. Zum Diskurs über die Zukunft
4. Bericht aus dem Jahr 2030
5. Ein neues Verständnis von Arbeit
6. Ökologisierung der Wirtschaft
7. Umbau der Arbeitswelt
8. Gewinn an Zeitwohlstand
9. Vorrang für Bildung und Ausbildung
10. Individuelle Freiheitsspielräume und soziale Sicherung
11. Leben und Arbeiten in der neuen Arbeitsgesellschaft
12. Finanzierungsfragen und Umverteilungserfordernisse
13. Schlussbemerkungen

Dr. rer. pol., Diplom-Volkswirt, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Wiesbaden.

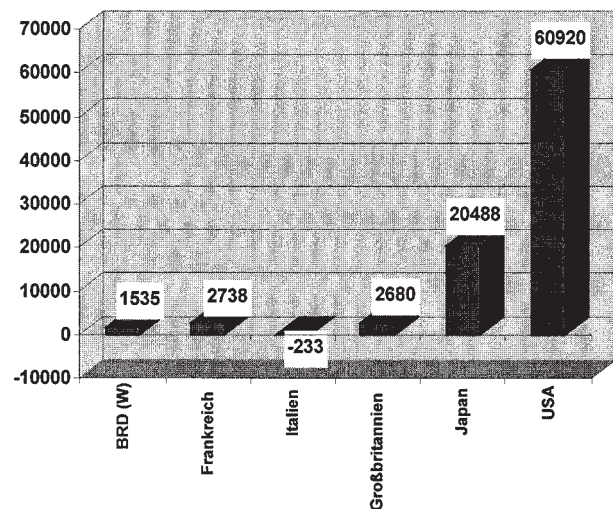
Zu sehr stand diese These im Widerspruch zum aufblühenden Wirtschaftswunder. Und als *Ralf Dahrendorf* 1980 diese These erstmals wieder aufgriff (Dahrendorf 1980; ders. 1983, S. 749 ff.), war die Resonanz in Expertenkreisen zwar erheblich, die breite Öffentlichkeit allerdings nahm diese Auffassung allenfalls am Rande – wenn überhaupt – zur Kenntnis, weil man immer noch an die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch eine bessere Regierung glaubte.

Die Diagnosen von *Hannah Arendt* und *Ralf Dahrendorf* haben jedoch spätestens im Verlaufe dieses Jahrzehnts die Realität eingeholt. Angesichts der dramatisch gestiegenen Arbeitslosigkeit wird heute auf viel breiterer Front als jemals zuvor das Ende der Arbeitsgesellschaft für möglich gehalten. Mit dem Begriff der Arbeitsgesellschaft werden die charakteristischen Merkmale zusammengefasst, welche die modernen Industriegesellschaften westlicher Prägung seit langer Zeit kennzeichnen: Im Mittelpunkt dieser Gesellschaften steht als konstitutives Element entfremdete Erwerbsarbeit, die von rund 90 Prozent der aktiven Bevölkerung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes verrichtet wird. Politik und Gesellschaft teilen den Konsens, dass Erwerbsarbeit nicht abgeschafft werden soll, sondern dass ihre negativen Auswirkungen durch menschenverträgliche Gestaltung eingedämmt werden sollen. In der Bundesrepublik Deutschland haben die Gewerkschaften darüber hinaus durchsetzen können, dass die Arbeitnehmerchaft im Arbeitsprozess über sozial relevante Entscheidungen mitbestimmen kann. Die Risiken des Arbeitslebens werden für den Einzelnen auf der Basis der Ansammlung sozialstaatlicher Ansprüche in kollektiven, gesetzlichen Sicherungssystemen entschärft bzw. ausgeglichen. Wohlstand wird vorrangig auf die Befriedigung von Konsumbedürfnissen bezogen. Die anhaltende Ausweitung der Massenkaufkraft nach dem zweiten Weltkrieg brachte einen enormen Aufschwung des gesellschaftlichen Wohlstands, was die Strukturen der Arbeitsgesellschaft weiter festigte.

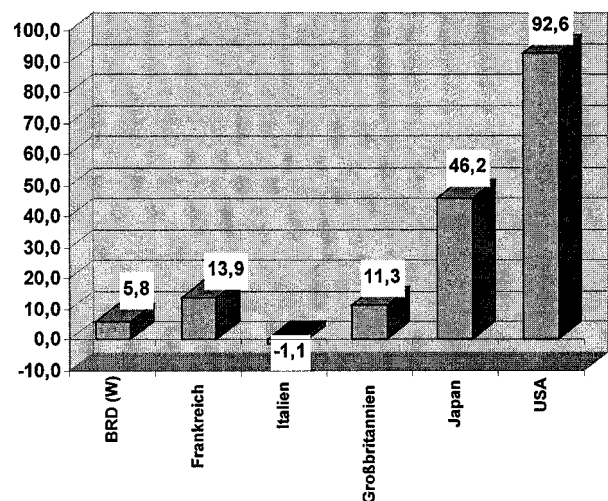
Dass diese arbeitszentrierte Form der gesellschaftlichen Entwicklung an ein Ende gelangt sein könnte, hatte auch Jürgen Habermas bereits Mitte der 80er Jahre vermutet, als er das Ende der arbeitsgesellschaftlichen Utopie diagnostizierte. Nach Habermas entspringen Erwartungen über die Zukunft aus „dem Zusammenstoß von geschichtlichem und utopischem Denken.“ Und an utopischen Energien fehle es gegenwärtig, sie seien „aufgezehrt“, wodurch der Zeitgeist wie die Politik positiver Zukunftsperspektiven verlustig gingen. Allerdings gelte dieser Prozess der Auszehrung nicht für alle utopische Energien: „An ein Ende gelangt ist vielmehr eine bestimmte Utopie, die sich in der Vergangenheit um das Potenzial der Arbeitsgesellschaft kristallisiert hatte.“ (Habermas 1985, S. 145).

Schaubild 1

Erwerbstätige 1960–1996
Veränderungen in Tsd.



Erwerbstätige 1960–1996
Veränderungen in %

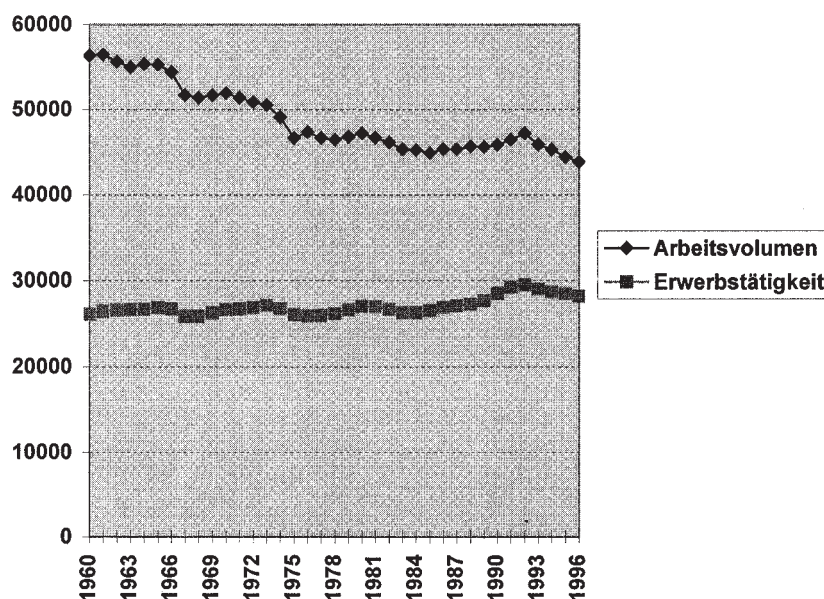


Nach dem französischen Sozialphilosophen André Gorz ist es vor allem die „mikroelektronische Revolution“, die nunmehr den „Tod der Arbeitsgesellschaft“ herbeiführt (vgl. seine äußerst anregenden Schriften: Gorz 1983 und 1989). Gorz bedauert diese Situation keineswegs, er sieht in ihr vielmehr eine historische Chance. Seiner Argumentation zufolge ist Erwerbsarbeit heteronomes, also erzwungenes und fremdbestimmtes Tun. Nach Gorz muss es deshalb darum gehen, die Gunst der Stunde zu nutzen und die Menschen möglichst weitgehend vom Zwang der Erwerbsarbeit zu befreien, um ihnen so das „Reich der Freiheit“, wie Karl Marx es formulierte, also verfügbare Zeit für selbstbestimmtes und von äußeren Zwängen freies Tun, möglichst weitgehend zu erschließen. Ist es also tatsächlich an der Zeit, sich endgültig von der Arbeitsgesellschaft zu verabschieden?

2. Konträre Indizien

Ich habe da meine Zweifel. Zumindest gibt es Indizien für ein entgegengesetztes Szenario. In einer vor

Arbeitsvolumen und Erwerbstätigkeit Deutschland (W)
Mio. Stunden/Tsd. Erwerbstätige



wenigen Jahren von der Angestelltenkammer Bremen veröffentlichten Studie rangierte als Antwort auf die Frage nach den vorrangigen Lebenszielen und Lebensbereichen der Wunsch nach befriedigender Arbeit an dritter Stelle hinter dem nach Familie und Partnerschaft, wobei die Prioritätenskala nach Altersgruppen unterschiedlich ausfällt (vgl. Frankfurter Rundschau 1994). Fest steht: Erwerbsarbeit hat auch in der heutigen Gesellschaft noch einen hohen Stellenwert im Denken und Handeln der Menschen. Darüber hinaus lässt sich die These, der Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus, auch nicht durch die empirischen Befunde der amtlichen Statistik stützen. Untersucht man den Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung, so hat diese Quote in den letzten Jahrzehnten keineswegs abgenommen, im Gegenteil: 1975 lag diese Kennziffer in Westdeutschland bei 42,2%, 1995 liegt sie bei immerhin 42,7%. In allen großen Industriegesellschaften – außer Italien –, liegt die Erwerbstätigkeit heute – zum Teil sogar erheblich – höher als Anfang der 60er Jahre (s. Schaubild 1: „Erwerbstätige 1960–96“): in Westdeutschland um 5,8%, in Frankreich um 13,9% und in den USA sogar um 92,6%. Es sind somit im letzten Vierteljahrhundert keine Arbeitsplätze verschwunden, sondern in erheblichem Umfang dazugekommen.

Dennoch lässt sich die These vom „Verschwinden der Arbeit“ nicht ganz von der Hand weisen. Die Betrachtung des Umfangs an jährlich geleisteten Arbeitsstunden zeigt in der Tat einen Rückgang des Arbeitszeitvolumens (s. Schaubild 2 „Arbeitsvolumen und ...“). In Westdeutschland liegt das Arbeitszeitvolumen 1995 immerhin um rund ein Fünftel unter dem Level von 1960. Gleichzeitig jedoch ist die Anzahl der Arbeitsplätze im Krisenjahr 1995 um 1,6% höher als die im Vollbeschäftigungsjahr 1960.

Diese Schere lässt sich durch die langfristige Reduzierung der Arbeitszeit pro Erwerbstätigen erklären. Arbeitszeitverkürzungen aller Art waren in den letzten drei Jahrzehnten die Instrumente, um das schrumpfende Arbeitszeitvolumen nicht auf die Anzahl der Arbeitsplätze durchschlagen zu lassen. Nun lässt sich die These vom Schwinden der Arbeit hierdurch jedoch keineswegs retten. Arbeitszeitverkürzungen sind nicht allein aus beschäftigungspolitischen, sie sind vor allem auch aus gesellschaftspolitischen Gründen sinnvoll und gewollt. Die Umsetzung steigender Arbeitsproduktivität in kürzere Arbeitszeiten ist das entscheidende Vehikel, um den gesellschaftlichen Wohlstand in modernen Gesellschaften

weiter steigern zu können. Technischer Fortschritt wird damit in gesellschaftlichen Fortschritt und vermehrte Lebensqualität umgesetzt. Ein Verzicht auf Arbeitszeitverkürzungen wäre deshalb auf Dauer wohlstandsmindernd und sinnlos.

Fassen wir deshalb zusammen: Von einem zwingenden „Tod der Arbeitsgesellschaft“ kann heute – zumindest noch – keine Rede sein. Und die generelle Abschaffung von Erwerbsarbeit als politisches Programm steht mitnichten im Einklang mit den Wünschen der Bevölkerung in Deutschland oder anderen frühindustrialisierten Arbeitsgesellschaften. Dies bedeutet nun jedoch keineswegs, dass das Gegenprogramm der „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“, wie es von seiten der Arbeiterbewegung seit über zwei Jahrzehnten immer wieder gefordert wird, mehr Realisierungschancen besäße. Jürgen Habermas ist durchaus im Recht, wenn er diagnostiziert, dass die herkömmliche arbeitsgesellschaftliche Utopie in einer Sackgasse steckt. Staatliche Beschäftigungsprogramme, niedrigere Zinsen und maßvolle Lohnpolitik mögen über ungünstige konjunkturelle Situationen hinweghelfen, sie bieten jedoch offensichtlich keinen echten und dauerhaften Ausweg aus dieser Zwickmühle. Die gesellschaftliche Entwicklung hat sich in den Strukturen und Mechanismen der alten Arbeitsgesellschaft verfangen. Deshalb müssen diese Strukturen grundlegend verändert werden. Was heute ansteht, das ist die Neukonstituierung der Arbeitsgesellschaft. Der Zusammenhang von Arbeit und Leben in der Gesellschaft muss neu gestaltet werden. Das ist der Kernpunkt, auf den sich der gesellschaftliche Diskurs und die Anstrengungen der Politik konzentrieren müssten.

3. Zum Diskurs über die Zukunft

Zunächst: Man kann den Diskurs über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft auf unterschiedliche Art und Weise führen. Ich wähle hier den Weg der „Zukunfts-erzählung“, d.h. ich unternehme eine virtuelle Zeitreise und berichte aus der Zukunft. Man kann auch sagen, ich entwerfe eine Utopie. Das ist durchaus ein ernst zu nehmender Ansatz der gesellschaftlichen Zukunftsdebatte. Norbert Elias hat die Utopie als ein Phantasiebild der Gesellschaft bezeichnet, ein Phantasiebild, „das Lösungsvorschläge für ganz bestimmte ungelöste Probleme der jeweiligen Ursprungsgesellschaft enthält, und zwar Lösungsvorschläge, die entweder anzeigen, welche Änderungen der bestehenden Gesellschaft die Verfasser oder Träger einer politischen Utopie herbeiwünschen oder welche Änderungen sie fürchten und vielleicht manchmal beide zugleich.“ (Elias 1985, S.103). Ich entwerfe im folgenden eine positive Utopie und beschreibe, wie es kommen *könnte*. Ich bin mir durchaus der Gefahr bewusst, dass man auf diesem Wege schnell abheben und den Bezug zur Realität verlieren kann. Dieser methodische Kniff hat allerdings den großen Vorteil, dass er durch den Druck der Tagesrealität verschüttete Phantasien und Möglichkeiten eher freizulegen vermag als die klassische politische Debatte.

4. Bericht aus dem Jahr 2030

Ich berichte aus der Arbeitsgesellschaft im Jahre 2030 und wie sie geworden ist. Machen wir also einen gedanklichen Sprung ins Jahr 2030 und blicken von dort aus zurück auf die Gegenwart. Der erfreulichste und ins Auge springende Unterschied zur Situation um die Jahrtausendwende liegt darin, dass die Arbeitslosigkeit im wahrsten Sinne des Wortes verschwunden ist. Das heißt nicht, dass nunmehr alle arbeitsfähigen Personen einen Vollzeit-Erwerbsarbeitsplatz hätten. Was jedoch den entscheidenden Unterschied zu damals ausmacht: Es kommt heute für den Einzelnen und sein subjektives Wohlbefinden gar nicht auf Erwerbsarbeit an. Wenn wir uns zurückerinnern, so bedeutete Arbeitslosigkeit damals eine Stigmatisierung der Arbeitslosen. Sie galten nicht nur als Versager, schlimmer noch, sie fühlten sich auch so und empfanden ein Schuldgefühl ob ihres Schicksals. Heute gibt es dagegen keine Arbeitslosigkeit im alten Sinne mehr. Das gilt auch für den damals von vielen immer wieder beschworenen Zustand der Vollbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung sind sinnlose Begriffe geworden, sie sind sozusagen „abgeschafft“. Menschen unterschiedlichen Alters sind heute stets mit einer Vielfalt von Arbeiten beschäftigt. Diese werden alle – trotz ihrer Unterschiedlichkeit – als nützlich für die Gesellschaft anerkannt. Bezahlte Arbeit hat keinen Vorrang mehr, wie das noch Anfang dieses Jahrhunderts der Fall war. Der Zeitreisende, noch befangen im Denken und in der

Kultur der alten Arbeitsgesellschaft, reibt sich verwundert die Augen und stellt sich Fragen: Wie ist das möglich? Wie konnte das erreicht werden? Braucht niemand mehr Erwerbsarbeit zur Sicherung seines Lebensunterhalts? Ist Erwerbsarbeit für den Lebensinhalt der Menschen bedeutungslos geworden? Und wie sichern sich die Bürgerinnen und Bürger der neuen Arbeitsgesellschaft gegen die Risiken des Alltags- und des Arbeitslebens?

Blicken wir also zurück. Eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Weichenstellung in einer neuen Arbeitsgesellschaft waren die „Bündnis-Runden“, welche die 1998 neu gewählte Regierung einführte, und die – trotz erheblicher Anlaufschwierigkeiten und Konflikte – allmählich zu einer festen Institution der gesellschaftlichen und politischen Landschaft geworden sind. Da gab es zunächst das „Bündnis für Arbeit“. Hinzu kamen bald das „Bündnis für Bildung“, der „Runde Tisch für die Umwelt“ und der „Akkord für die Realisierung der Gleichberechtigung der Geschlechter“. Trotz der unterschiedlichen Begrifflichkeiten hatten diese Veranstaltungen eines gemeinsam: es ging um konkrete gesellschaftliche Vereinbarungen von prioritären Zielen, die in der Folgezeit umgesetzt werden sollten. Das hat nicht immer in kurzer Zeit schon zu greifbaren Ergebnissen geführt. Wichtig war, dass Politik und Gesellschaft allmählich einen neuen Weg entwickelt und eingeübt hatten, sich mit sozialen und ökologischen Problemen auseinanderzusetzen und an deren Lösung zu arbeiten. Wichtig war auch, dass die unterschiedlichen Interessen in diese Diskurse eingebunden wurden und mit der Perspektive produktiver und zukunftsfähiger Lösungen gegeneinander ausgetragen werden konnten. So gelang im Bündnis für Arbeit letztendlich die Herstellung eines sozialen Konsenses darüber, dass jedem Bürger und jeder Bürgerin das Recht auf einen ausreichenden Lebensunterhalt eingeräumt werden muss und dass dieser Lebensunterhalt durch den Zugang zu bezahlter Arbeit zu gewährleisten ist. Damit war zwar kein Recht auf Arbeit in die Verfassung geschrieben worden, und es war auch noch kein einziger Arbeitsplatz geschaffen worden, aber erstmals wurde der Zugang zu Erwerbsarbeit in den Mittelpunkt konkreter politischer und gesellschaftlicher Verpflichtungen gerückt.

5. Ein neues Verständnis von Arbeit

Es hatte eine ganze Weile gedauert, bis sich alle Beteiligten auf den außerordentlichen Stellenwert von aktivem Arbeiten für den Einzelnen und die vordringliche Notwendigkeit, dieser erheblichen Bedeutung auch praktische Geltung zu verschaffen, geeinigt hatten. Folgendes Verständnis fand letztlich allgemein Zustimmung: Menschen entwickeln ihre Identität durch aktives Tun, durch die Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt. Soziale Anerkennung, Bestätigung durch andere, das Zugehörigkeitsgefühl zu

einer Gemeinschaft – all das, was der Mensch als gesellschaftliches Wesen braucht, gewinnt er ganz wesentlich durch Teilhabe und Beteiligung an der gesellschaftlichen Arbeit. „Unser Wert in der Gesellschaft wird bestimmt durch den Wert unserer Tätigkeiten, unserer Arbeit.“ So hatte der Club of Rome bereits gegen Ende des letzten Jahrhunderts die Bedeutung der Arbeit auf den Punkt gebracht und daraus das Recht für den einzelnen abgeleitet, produktiv tätig zu sein. (Giarini/Liedtke 1998)

War der erste Teil der Aussage nach langem Ringen Konsens, so war die vom Club of Rome daraus gezogene Schlussfolgerung zunächst Auslöser einer lang anhaltenden Debatte über die Frage, *welche* Arbeiten als „produktive“ zu werten waren. Das im 20. Jahrhundert vorherrschende Verständnis von produktiver Arbeit richtete sich fast ausschließlich auf Erwerbsarbeit, die im Zusammenhang mit der materiellen Güterproduktion erbracht wurde. Erst mit dem Vordringen der Dienstleistungen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten wurden auch *bezahlte* Dienste mehr und mehr als „produktiv“ gewertet. Damit galt jedoch immer noch nur bezahlte Erwerbsarbeit als produktiv, sprich wohlstandssteigernd. Nicht gesehen wurde die enorme Bedeutung, die nicht bezahlte Tätigkeiten für den gesellschaftlichen Reichtum und den Prozess seiner Erzeugung besitzen. Dazu zählen all die Familien- und Hausarbeiten, von der Kindererziehung und Altenbetreuung bis hin zur Pflege der Kleidung und der Führung des Haushalts, ohne die das Funktionieren jedweder Gesellschaft nicht möglich wäre und die noch zur Jahrtausendwende vor allem von Frauen getragen wurden. Dazu zählen aber auch all die Tätigkeiten, die die Käufer einer kommerziellen Ware oder Dienstleistung übernehmen, und für die sie nicht bezahlt werden: Finanzdienstleistungen könnten über Geldautomaten und Homebanking nicht erbracht werden, wenn die Konsumenten nicht zum Entstehen dieser Leistungen erheblich beitragen würden. Dasselbe gilt für die Installation eines gekauften Personalcomputers oder eines Softwareprogramms sowie für das Funktionieren eines Selbstbedienungsrestaurants.

Das enge, rein auf Erwerbsarbeit zentrierte Verständnis von „produktiver Arbeit“ machte lange Zeit auch blind für die Verschwendung der natürlichen Ressourcen und die ökologischen Schäden, die mit der industriellen Warenproduktion verbunden waren. Erst als der Widerspruch nicht mehr zu übersehen war, dass einige der durch Verkehrstote, vergiftete Gewässer, verseuchte Böden, enormen Energieverbrauch und sich in der Landschaft auftürmende Abfallhalden am meisten geplagten Länder in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unter den reichsten Ländern der Erde rangierten, gelang es allmählich, den Zusammenhang von Erwerbsarbeit, nicht bezahlter Arbeit und gesellschaftlichem Wohl-

stand neu zu begreifen und zu definieren. Und hierin lag auch eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Denn diese war nur möglich, weil vor dem Hintergrund eines neuen Arbeitsverständnisses der Gesamtzusammenhang von Arbeiten und Leben in der Gesellschaft neu gestaltet werden konnte.

6. Ökologisierung der Wirtschaft

Natürlich wurde Erwerbsarbeit bis heute nicht abgeschafft. Das kann sich keine Gesellschaft erlauben, in der es noch unbefriedigte menschliche Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen gibt, und das gilt auch heute noch für die Menschheit insgesamt. Aber die gesellschaftliche Produktion und die Arbeitswelt können natur- und menschenverträglicher umgebaut werden. Das ist im Verlaufe der letzten dreißig Jahre in vielerlei Schritten und mit großem Erfolg geschehen. Die seit Anfang des neuen Jahrhunderts mit größerem Druck vorangetriebene Ökologisierung der Wirtschaft hat im Verlaufe der letzten beiden Jahrzehnte zu einer wahren „Effizienzrevolution“ geführt: der Anstieg aller Schadstoffemissionen konnte umgekehrt werden. Hauptinstrument des ökologischen Umbaus war eine ökologische Steuerreform, welche allerdings zunächst zögerlich begonnen und erst in der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung als wirksames Instrument durchgesetzt werden konnte. Die Industrieproduktion ist im Verlaufe der letzten drei Jahrzehnte nicht, wie ursprünglich von vielen Erwerbstätigen in diesem Sektor befürchtet, verdrängt worden, sie ist vielmehr in einer Dienstleistungswirtschaft aufgegangen: Unternehmen leben nicht mehr hauptsächlich von Produktion und Verkauf von Industriegütern, sondern von deren Vermietung sowie von der Beratung der Kunden. Die Langlebigkeit von Konsumgütern konnte enorm gesteigert werden, so dass es gelang, die Produktzyklen zu verlängern und damit die Abfallberge zu verringern. Das sparte Kosten, senkte den Anstieg der Lebenshaltungskosten und drosselte den Anstieg der Löhne. Die Kreislaufwirtschaft ermöglicht es, Rohstoffe und Materialien im Wirtschaftskreislauf zu halten und ihre Ablagerung in der natürlichen Umwelt zu vermeiden. Beides hat die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber dem Ausland gesteigert. Darüber hinaus hat der Umbau der Wirtschaft Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Viele neue Arbeitsplätze kamen auch im Dienstleistungsbereich hinzu, vor allem bei den Humandienstleistungen. Der verstärkte Ausbau dieses Beschäftigungsfeldes war angesichts der zunehmenden Alterung der Bevölkerung unabweisbar geworden. Hinzu kam die Notwendigkeit, der zunehmenden Erwerbsneigung von Frauen Rechnung zu tragen, indem viele bislang unentgeltlich von Frauen verrichtete Tätigkeiten in bezahlte Arbeit umgewandelt wurden.

7. Umbau der Arbeitswelt

Die im 20. Jahrhundert das Wirtschaftsgeschehen dominierenden Großunternehmen sind heute fast gänzlich aus der sichtbaren Wirtschaftswelt verschwunden. Die betriebsinternen Arbeitsstrukturen wurden in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Möglichst viel an Entscheidungskompetenzen wurde unmittelbar an die Arbeitsplätze verlagert. Viele Unternehmen haben die Kommando- und Überwachungsfunktionen auf der mittleren Unternehmensebene so weit wie möglich beseitigt. Die Entlohnungsverfahren sind heute grundlegend anders als noch um die Jahrhundertwende: nicht mehr die am Arbeitsplatz verbrachte Zeit, sondern das erzielte Arbeitsergebnis ist das entscheidende Kriterium für die Entlohnung. Der Zugang der Beschäftigten zum Produktionsvermögen der Unternehmen wurde stark erweitert. Die Teilhabe an Erwerbsarbeit ist auch deshalb wichtig, weil hieran die Beteiligung am volkswirtschaftlichen Produktivvermögen geknüpft ist.

Je weniger die schiere Größe für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen die ausschlaggebende Rolle spielte und je mehr es im Wettbewerb auf Schnelligkeit gegenüber Konkurrenten ankam, desto größer wurde die Bedeutung von kleineren Unternehmenseinheiten. Großunternehmen wurden aufgelöst bzw. in vernetzte *Mikrounternehmen* transformiert. Zum Teil besteht die heutige Wirtschaft aus flüchtigen und äußerst reagiblen, virtuellen Unternehmen. Diese sind äußerlich kaum noch als Unternehmen zu erkennen. Sie besitzen winzige Unternehmenszentralen und haben die meisten Funktionen nach draußen vergeben. Ihre wesentliche wirtschaftliche Leistung besteht oft nur noch aus der Ausübung von Marketing- und Koordinationsfunktionen. Sie werden in vielen Fällen lediglich für die Durchführung eines wichtigen Projektes gebildet und nach Erfüllung der Aufgabe genau so schnell wieder aufgelöst, wie sie geschaffen wurden.

Auch die *Art der vorherrschenden Arbeiten* ist anders als früher. *Informationsarbeit* hat sich inzwischen zum tragenden Kern der bezahlten gesellschaftlichen Arbeit entwickelt, Industriearbeit ist nur noch eine Randgröße in der Arbeitswelt. Die Bearbeitung und Verformung von Rohstoffen und Gegenständen ist in hohem Maße automatisiert und auf Produktionsanlagen übertragen. Hier übt der Mensch lediglich noch Überwachungs- und Kontrollfunktionen mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechniken aus. Dort, wo Aufgaben nicht auf Technik übertragen werden können, hat sich die Zusammenarbeit in Gruppen als Organisationsform industrieller Arbeit auf breiter Front durchgesetzt. Auch Informationsarbeit wird durch die genannten Techniken ganz wesentlich unterstützt. Aufgrund der großen Dichte von Internet-Anschlüssen

rund um den Globus spielt es für diese Arbeit in vielen Fällen keine Rolle, an welchem physischen Ort sie verrichtet wird, da die Arbeitsergebnisse in Echtzeit an jeden Ort der Erde transferiert werden können. Für viele Menschen ist es möglich geworden, dort zu arbeiten, wo sie gerne leben wollen und die Zwänge zu beseitigen, die noch in der Industriegesellschaft dazu geführt hatten, dass der Arbeitsort den Wohnort bestimmte. *Telearbeit* in den unterschiedlichsten Formen – als alternierende Arbeit, in Satellitenbüros, in Telezentren und als Zuhausearbeit – hat dadurch einen großen Zulauf erfahren. Sie ist inzwischen zur breit akzeptierten und regulären Arbeitsform geworden. Die früher oft dominierenden Isolationsängste, die mit Teleheimarbeit lange Zeit verbunden waren, spielen heute keinerlei Rolle mehr. Die Verknüpfung verschiedener Arbeitsrollen und die Einordnung von Erwerbsarbeit in die Lebenswelt haben bezahlte Arbeit in ihrer Rolle als Medium sozialer Kommunikation und Anerkennung stark geschwächt, so dass die mit der Auflösung gemeinsamer Arbeitsorte verbundenen Befürchtungen gegenstandslos geworden sind.

8. Gewinn an Zeitwohlstand

Einer der wesentlichen Grundsätze, welche die Politik seit Anfang des Jahrhunderts bestimmen, ist die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen an bezahlter Erwerbsarbeit. Zwar war der ökologische Umbau der Wirtschaft auch mit erheblichen Beschäftigungswirkungen – vor allem in der Übergangsphase zwischen 2005 und 2020 – verbunden, dennoch hätte ohne Verkürzungen der durchschnittlichen Arbeitszeiten pro Kopf nicht allen erwerbsarbeitsuchenden Menschen der Zugang zu einem bezahlten Arbeitsplatz eröffnet werden können. Dabei wurden kürzere Arbeitszeiten nicht „von oben“ verordnet. Denn eine bloße Verkürzung der Arbeitszeit, die per Gesetz verordnet oder in einem Sozialpakt erzwungen worden wäre, hätte den Drang der Menschen nach Erwerbsarbeit eher vergrößert. Deshalb kam es darauf an, eine neue Philosophie der Arbeitsreduzierung im Bewusstsein zu verankern, welche an den Bedürfnissen der Menschen nach mehr Nicht-Erwerbszeit anknüpfte. Das heißt an den Wünschen nach mehr Zeit zur Muße, zum Nichtstun, zur Befassung mit Hobbies, aber auch nach Zeit für politische Aktivitäten, für ehrenamtliches Engagement in Verbänden und Vereinen oder für Eigenarbeit. Es ging vor allem darum, möglichst viel Spielräume für freiwillige und selbstbestimmte Arbeitszeitverkürzungen, d.h. individuelle Wahlmöglichkeiten, zu schaffen. Und je deutlicher sich das neue Verständnis von Arbeit im Laufe der Jahre durchsetzte und je mehr die materiellen und rechtlichen Grundlagen für individuelle Arbeitszeitverkürzungen verbessert wurden, desto mehr wurden diese Optionen von den Menschen auch genutzt. Wichtig hierfür war auch, dass dem einzelnen mög-

lichst weit gehend die Wahl des Zeitprofils eingeräumt wurde, d.h. der zeitliche Arbeitsrhythmus über den Tag, die Woche und das Jahr wurde möglichst weitgehend in den Verfügungsbereich der Arbeitskräfte verlagert. Das war der entscheidende Faktor für die Neugestaltung des Zusammenhangs von Arbeit und Leben bzw. von produktiver Tätigkeit und Muße, und damit nicht zuletzt für die Steigerung des Wohlstands. Denn Verfügung über die eigene Zeit ist ein wesentliches Element von Wohlstand. Und Zeit hat für den Einzelnen dann besondere Qualität, wenn sie nach den jeweils vordringlichen Bedürfnissen genutzt werden kann. Nur auf diese Weise gewinnt der Mensch an Zeitwohlstand.

Mit diesen vielfältigen Prozessen der Arbeitszeitverkürzung waren und sind zahlreiche *Probleme* verbunden, die nicht verschwiegen werden dürfen:

- Das wichtigste war das Problem des *Einkommensausgleichs*: Bezahlte Arbeit ist – und bleibt auch noch für lange Zeit – nicht nur eine Form der Partizipation an einem zentralen gesellschaftlichen Prozess, sondern sie ist auch Grundlage für die Beteiligung des Einzelnen am gesellschaftlichen Reichtum. Um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, brauchen gerade Niedrigverdiener ein ausreichendes Quantum an bezahlter Arbeitszeit, das sie nicht einfach reduzieren können.
- Das zweite Problem bestand darin, dass es in der damaligen Zeit – wie auch heute noch – zuhauf *ungetane Arbeit* gab, die bewältigt werden musste. Die spürbar werdenden demographischen Trends (mehr ältere Menschen), die gravierenden Umweltprobleme und die sozialpsychologischen Auswirkungen der immer komplexer, anonymen und undurchschaubarer, aber auch hektischer werdenden Informationsgesellschaft (Kriminalität, Gewalt) belegten, dass das Ausmaß unerledigter Arbeiten stetig zunahm. Das Problem lag darin, dass die erforderlichen Arbeiten oft lange nicht erkannt und in der Regel auch nicht bezahlt wurden, da sie sich nicht in Form von angebotenen Problemlösungen und zahlungsfähiger Nachfrage auf dem Markt artikulieren können. Dies bedeutete, dass viele dieser drängenden Aufgaben öffentlichen organisiert werden mussten.
- Ein drittes Problem muss noch erwähnt werden: der dramatisch wachsende Bedarf der Wirtschaft an *qualifizierten Arbeitskräften*. Die Regionen der Informationsgesellschaft stehen weit mehr noch als zu Zeiten der Industriegesellschaft im globalen Wettbewerb um Produktionsstandorte und damit um gesellschaftlichen Wohlstand. Deshalb war die Entwicklung und Verbesserung des menschlichen Wissens und der menschlichen Fähigkeiten („Humankapital“) die Schlüsselgröße für regionalen Reichtum.

9. Vorrang für Bildung und Ausbildung

Dieses Humankapital ließ sich aufgrund der Abnahme der jüngeren Jahrgänge des Erwerbspersonenpotenzials durch die Anwerbung stets nachrückender Erwerbspersonen nur begrenzt erneuern und erweitern. Auch das 2005 endlich geschaffene Einwanderungsgesetz konnte hier nur zum Teil Abhilfe schaffen. Vor diesem Hintergrund musste man danach streben, wertvolle Wissensbestände in den Köpfen qualifizierter Menschen möglichst lange in produktiven Funktionen zu halten. Mit der Herbeiführung von mehr Optionalität in den individuellen Zeitbudgets und der konsequenten Ausweitung der Bildungs- und Lernzeiten entspannte sich das Problem jedoch bald. Vor allem auch, weil es gelang, den Anteil der gering- und niedrigqualifizierten Arbeitskräfte spürbar zu senken. Noch vor der Jahrhundertwende sahen viele in diesem Punkt ein, wenn nicht *das* Problem der heraufziehenden Informationsgesellschaft. Diesem Problem konnte durch vermehrte Erziehungs- und Bildungsanstrengungen begegnet werden. Und auch weithin veränderte Einstellungen zu Bildung und Lernen in der Bevölkerung haben zur Überwindung dieses Problems beigetragen.

Bildung ist in den letzten Jahrzehnten zu einem der wesentlichen Betätigungsfelder der Menschen geworden. Der *Bildungs- und Ausbildungssektor* zählt heute zu den größten Wirtschaftsbereichen. Allein die Umsetzung der rasant wachsenden Bildungsinhalte in lernfreundliche multimediale Produkte und Angebote hat einen ganz neuen Wirtschaftsbereich aus dem Boden wachsen lassen. Die steigenden Qualifikationsanforderungen aufgrund des schnellen technischen Wandels haben zu einer Ausweitung der individuellen Lernzeiten geführt. Die neuen Medientechniken und neue Bildungsformen haben die Rolle der Lehrenden zugunsten der Funktion als „Moderatoren“ und „Navigatoren“ in Lernprozessen verändert und damit auch deren Weiterbildungsbedarf stark gesteigert.

Die wachsende Freizeit bzw. Mußezeit der Menschen hat – unterstützt durch entsprechende Erziehungskonzepte, die an der natürlichen Neugier von Kindern anknüpfen – zu einer wahren „Bildungssucht“ geführt. Die früher oft plakative Forderung nach „lebenslangem Lernen“ wird heute durch die meisten Menschen aufgrund eigener Initiative faktisch eingelöst. Hochschulen haben sich für die Weiterbildung von Erwachsenen geöffnet. Neue Möglichkeiten und Orte des Lernens mussten geschaffen werden, da die Hochschulen und Volkshochschulen aus allen Nähten platzten und teilweise den neuen Wünschen der Bildungshungrigen nicht gerecht wurden. Kommunale Edutainment-Zentren, Multimediale Informations- und Researchstationen, Studienforen für die Multimediale Kunst u.ä. findet man heute an vielen Orten der Republik, virtuelle Fernuniversitäten erleben einen wahren Boom.

10. Individuelle Freiheitsspielräume und soziale Sicherung

Es gab viele weitere Weichenstellungen, um die Arbeitsgesellschaft zukunftsfähig zu machen. Eine gigantische Anstrengung erforderte der *Umbau der sozialen Sicherungssysteme*. Die Kompensationsleistungen für Risiken des Arbeits- und Alltagslebens mussten aufgrund des tiefgreifenden Strukturwandels der Arbeitswelt und der wachsenden Differenzierung der individuellen Lebensbiographien von Erwerbsarbeit zumindest zum Teil gelöst werden. Dies war insofern nicht einfach, da die kollektiven gesetzlichen Sicherungssysteme vom Äquivalenzprinzip dominiert wurden: die Ansprüche, die jemand gegenüber den Sicherungssystemen bildete, waren an ein Einkommen aus unselbständiger Arbeit gekoppelt und durch die Dauer und Höhe des erzielten Erwerbseinkommens bestimmt. Das machte schon in der alten Arbeitsgesellschaft vor der Jahrhundertwende wachsende Probleme, da die entscheidende Bedingung für ausreichende Kompensationsleistungen im Risikofall von immer weniger Menschen erfüllt werden konnte. Diese Bedingung war eine Vollzeitbeschäftigung über einen beachtlichen Teil der individuellen Lebensbiographie, d.h. eine kontinuierliche Erwerbsbiographie, wie sie in der Regel nur männliche Arbeitskräfte aufweisen konnten.

Die Situation verschärfte sich in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts nicht nur durch die anwachsende Massenarbeitslosigkeit, sondern auch durch spürbare Veränderungen in der Qualität von Erwerbsarbeit. Das Normalarbeitsverhältnis wurde mehr und mehr zur Ausnahme, atypische Beschäftigungsverhältnisse wie die Selbstangestelltenarbeit, die Teilzeitarbeit, die Kurzarbeit und die Leiharbeit gewannen an Bedeutung. Lange Zeit geschah wenig, um diese Beschäftigungsverhältnisse sozial akzeptabel zu gestalten, da sie eben als „atypisch“ galten und gerade von den Kräften der traditionellen Arbeiterbewegung abgelehnt oder negiert wurden. Erst als man diese ungeliebten Beschäftigungsverhältnisse, die gewiss zum Teil von den Arbeitgebern aufoktroiert wurden, in wachsendem Maße jedoch auch den Zeitbedürfnissen der Arbeitenden entgegenkamen, als Realität anerkannte, war der Boden für eine sozialere Gestaltung auch dieser Teile der gesellschaftlichen Arbeit bereitet. Die Gewerkschaften gestalten ihre Tarifpolitik für diese Arbeitsformen seit der Jahrhundertwende wesentlich offensiver: für Teilzeitarbeit und Telearbeit z.B. konnten in breitem Umfang Rückkehrrechte und Gleichstellung mit Vollzeitkräften durchgesetzt werden. Wer nachweist, dass diese Arbeitsformen gewählt wurden, um Erwerbsarbeit mit familiären und gesellschaftlich nützlichen Betätigungen verbinden zu können, kann heute auch für die nicht bezahlten Aktivitäten Ansprüche an die kollektiven Sicherungssysteme ansammeln.

11. Leben und Arbeiten in der neuen Arbeitsgesellschaft

Überhaupt muss man sich das heutige Leben in der neuen Arbeitsgesellschaft ganz anders vorstellen, als man es als Zeitreisender mit einer gewissen industriegesellschaftlichen Befangenheit üblicherweise tut. Auch heute streben die Menschen, wie schon immer, nach einem gesicherten Lebensunterhalt, nach persönlicher Identität, nach einem angemessenen sozialen Status, nach Bestätigung dafür, etwas Nützliches zu tun. Der Unterschied zu früher liegt darin, dass sie zur Befriedigung dieser Bedürfnisse heute nicht mehr allein auf einen bezahlten Erwerbsarbeitsplatz angewiesen sind. Es gibt bezahlte *Erwerbsarbeit*, die marktmäßig organisiert ist und die jemand anstrebt, um sich eine Existenzgrundlage zu sichern. Es gibt *gemeinnützige Arbeiten* für die Gesellschaft, zum Beispiel im Rahmen der Kommune oder von Vereinen. Auch diese Arbeiten werden bezahlt, allerdings nur zur Höhe des allgemein festgelegten Grundeinkommens. Dabei hat sich das gegen Ende des letzten Jahrhunderts in Wissenschaftlerkreisen viel diskutierte Konzept der „Bürgerarbeit“ nicht durchsetzen können (vgl. Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 146 ff.; Beck 1999; kritisch zu diesen Ansätzen Senatsverwaltung für Arbeit o.J., S. 173 ff.; Bergmann 1998, S. 332 ff.). Dieses setzte – durchaus sympathisch – am freiwilligen Engagement von Bürgern und Bürgerinnen für das Gemeinwohl an. Eine Entlohnung in Form eines „Bürgergeldes“ sollte jedoch nur in wenigen Ausnahmefällen erfolgen. Deshalb war dieses Konzept allenfalls für einen kleinen Teil der Arbeitslosen attraktiv, vor allem für solche, die finanziell durch andere Einkommensarten bereits abgesichert waren und sich für ehrenamtliche Tätigkeiten interessierten. Wer allerdings nach einer Quelle von Erwerbseinkommen suchte, und das galt für das Gros der Arbeitslosen, war bei diesem Konzept an der falschen Adresse.

Monetär entgolten werden heute auch *gesellschaftlich nützliche Arbeiten* wie zum Beispiel die Pflege von Familienmitgliedern und Nachbarn oder die Betreuung und Erziehung von Kindern. Auch wenn diese Arbeiten mit dem Grundeinkommen nur mäßig bezahlt werden, so sind sie trotzdem in hohem Maße anerkannt. Die Menschen wissen, dass ohne sie das gesellschaftliche Leben nicht funktionieren würde. Des weiteren gibt es vielfältige Betätigungen zu privaten Zwecken, die *Eigenarbeit*. Hierdurch ersetzen viele Menschen den Kauf von industriellen Gütern oder von marktmäßigen Dienstleistungen. Und diese Eigenarbeit wird immer produktiver, da sie in den letzten Jahrzehnten immer stärker mechanisiert werden konnte. Es gibt heute einen wahren Wettbewerb um den Bau der schönsten Inneneinrichtungen, den Eigenbau eines Motorrads oder das Basteln von Kinderspielzeug.

Vor diesem Hintergrund ist bezahlte Erwerbsarbeit in den letzten beiden Jahrzehnten allmählich zu einem Teil der Lebenswelt bzw. zu einem Aspekt des Lebens geworden und ist nicht mehr, wie früher, das ganze Leben. Das Gewicht der verschiedenen Arbeiten ist über die Bevölkerung ganz unterschiedlich verteilt, und auch innerhalb der individuellen Lebensbiographien wechselt das relative Gewicht der Tätigkeiten in den verschiedenen Lebensphasen. Die Menschen nehmen im Verlaufe ihres Lebens teil an verschiedenen Arbeitswelten, sie wechseln zwischen verschiedenen Arbeitsrollen, d.h. zwischen Erwerbsarbeit, gemeinnütziger Arbeit, gesellschaftlich nützlichen Arbeiten und Eigenarbeit. Bezahlte Erwerbsarbeit muss nicht mehr alle Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen des Einzelnen schultern, wie das früher der Fall war. Wie das jeweils konkret aussieht, hängt von den individuellen Bedürfnissen und Lebenslagen der verschiedenen Menschen ab. Wer bezahlte Erwerbsarbeit im kommerziellen Wirtschaftssektor nicht oder nicht in ausreichendem Umfang findet, kann im öffentlich organisierten Sektor gemeinnützige Arbeiten verrichten. Oder er kann eine Zeitlang gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten wie die Betreuung von Kleinkindern, die Pflege von alten Menschen oder die Ausübung zeitraubender ehrenamtlicher Funktionen im politischen und gesellschaftlichen Leben übernehmen. Dafür erhält er, wie erwähnt, ein Grundeinkommen, das zum Lebensunterhalt ausreichend ist. Die Beziehung des Grundeinkommens ist an eine dieser Gegenleistungen durch Arbeit geknüpft. Der Grund für diese Koppelung liegt darin, dass aktives Tun an Stelle von passivem Abwarten im Nichts-Tun gefördert werden soll.

12. Finanzierungsfragen und Umverteilungserfordernisse

Um das Grundeinkommen in akzeptabler Höhe finanzieren zu können, muss der wirtschaftliche Kernsektor, der den Schwerpunkt der bezahlten Erwerbsarbeit und die Quelle neuer Einkommen und Steuern bildet, florieren. Wir beziehen in der heutigen globalisierten Informationsgesellschaft einen erheblichen Teil der im Inland verbrauchten Güter und Dienste aus ausländischer Produktion. Dafür müssen wir eine Gegenleistung erbringen, die wir nur über einen entsprechend großen Export von Gütern und Dienstleistungen zu schaffen vermögen. Die Wirtschaft geriet in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts in eine äußerst kritische Situation: ihre innovative Leistungsfähigkeit ließ allmählich nach, da sie zu spät die wachsende Bedeutung von Innovation und Wissen erkannt hatte. Notwendig war deshalb die Weiterentwicklung eines zukunftsfähigen und international wettbewerbsfähigen Wertschöpfungssektors. Zu diesem Zweck wurden zwei Ansätze verfolgt: *Zum einen* ging es um die Ökologisierung der traditionellen Industriebranchen. Hierdurch konnten auch für diese

Branchen neue Märkte und Betätigungsfelder geöffnet werden. *Zum anderen* spielte die Erschließung neuer Produktions- und Beschäftigungsfelder durch die zu Beginn des neuen Jahrhunderts endlich greifende Innovationspolitik im Öko-Bereich eine wichtige Rolle. Zu nennen sind hier der Aufbau einer solaren Energiewirtschaft, die Erschließung telekommunikativer Mehrwertdienste im Bildungs- und Ökobereich, neue Umweltsanierungstechniken, Umweltkonzepte und -dienstleistungen im Wasser- und Bodenbereich, Umweltfreundliche Recyclingtechnologien, Energie- und materialsparende Produktions- und Automatisierungstechniken usw. Die genannten wirtschaftspolitischen Ansätze konnten nur deshalb erfolgreich sein, weil sich Bildung und Lernen in der Gesellschaft allmählich zu den wichtigsten Betätigungen der Menschen entwickelt hatten.

Heftige gesellschaftliche Debatten und große politische Anstrengungen waren und sind immer wieder notwendig, um die erforderliche Umverteilung von Einkommen von den wertschöpfungsintensiven Tätigkeiten im weltmarktorientierten Sektor hin zur Bezahlung von Tätigkeiten im Sektor der personalintensiven, nicht-marktbezogenen Humandienstleistungen sowie im gemeinnützigen Sektor zu realisieren. Denn diese Umverteilungspolitik muss stets so angelegt werden, dass die Innovations- und Leistungspotenziale des global orientierten Sektors nicht gefährdet, sondern gestärkt werden. Und das war nach dem neoliberalen Vierteljahrhundert, welches einseitig auf individuelle Leistung, Konkurrenz und Ellbogenmentalität gesetzt hatte, nicht einfach. Als äußerst hilfreich erweist sich in diesem Zusammenhang die seit Beginn des neuen Jahrhunderts europaweit gewachsene soziale Bewegung für mehr Gemeinsinn und Solidarität in der Gesellschaft. Hierdurch konnten entsprechende Wertvorstellungen wieder stärker in der Gesellschaft verbreitet und der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt werden.

Eine der größten Leistungen der neuen Arbeitsgesellschaft ist die Verwirklichung der *Gleichberechtigung der Geschlechter* in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das gilt vor allem im Hinblick auf die Partizipation von Männern und Frauen an gesellschaftlicher Arbeit. Hierbei war noch Ende des letzten Jahrhunderts ein unübersehbares doppeltes Ungleichgewicht festzustellen: Frauen partizipierten nur unterdurchschnittlich an bezahlter Erwerbsarbeit und verrichteten dabei auch noch überwiegend die weniger anspruchsvollen Arbeiten. Männer partizipierten zu wenig an Arbeiten, die nicht bezahlt wurden, die jedoch für das Funktionieren des gesellschaftlichen Lebens unverzichtbar waren. Dafür verrichteten sie zwei Drittel der bezahlten Arbeiten. Durch die Neuorganisation der Arbeitsgesellschaft konnten die Voraussetzungen für Gleichberechtigung immer mehr verbessert werden. Vor allem die Förderung des Zugangs von Frauen zu Erwerbsarbeit hat auch die geschlechtsspe-

zifischen Gewichte in den anderen Tätigkeitsbereichen verschoben, wobei auch vor sanftem Druck auf die Männer nicht zurückgescheut wurde: So wurde z.B. die Inanspruchnahme des Grundeinkommens bei Freistellungen für familiäre Arbeiten so geregelt, dass beiden Ehepartner, und zwar jedem zur Hälfte, dieser Anspruch zustand. War die erste Hälfte des Anspruchs ausgeschöpft, kommt der zweite Partner zum Zuge.

13. Schlussbemerkungen

Blickt man auf die letzten 30 Jahre zurück, so ist eine Situation des Lamentos und politischen Stillstands wie in den Jahren kurz vor der Jahrtausendwende heute kaum vorstellbar. Der gordische Knoten des Aufbaus einer neuen Form der Arbeitsgesellschaft konnte aber erst durchgeschlagen werden, als Anfang des neuen Jahrtausends allen Gruppen allmählich klar wurde, dass der Lebensstandard auf breiter Front zurückging und mit den herkömmlichen Methoden nicht mehr gesichert werden konnte. Das hatte im Jahre 2001 zu einer „Konferenz für einen neuen Wohlstand“ geführt. Damals wurde die ernste Situation erstmals von allen Beteiligten selbstkritisch und schonungslos analysiert und die erforderlichen Umbaumaßnahmen verabredet. Der *Schlüssel* für den Weg in die neue Wohlstands- und Arbeitsgesellschaft der 20er und 30er Jahre – das lässt sich aus heutiger Sicht eindeutig erkennen – lag auf der geglückten Verbindung von marktwirtschaftlicher Effizienz, Schonung der natürlichen Ressourcen und sozialer Solidarität und Stabilität. Die Herausbildung dieser Verbindung war zunächst äußerst schwierig und konfliktbeladen, was die heftigen und oft schmerzhaften Debatten um die Inhalte sozialer Gerechtigkeit zur Jahrtausendwende belegen. Im Laufe der Jahre haben Gesellschaft und Politik jedoch dazugelernt: Den Menschen wurden zwar Lasten aufgebürdet, denn der technologische und strukturelle Wandel verlangte eine wachsende Anpassungsbereitschaft der Menschen. Auch die finanziellen Belastungen durch die deutsche Vereinigung waren noch nach zwei Jahrzehnten, wenn auch in abnehmendem Umfang, zu spüren. Darüber hinaus

mussten die Umverteilungserfordernisse, die mit der Gewährleistung des Zusammenhalts einer friedlichen Gesellschaft unvermeidlich verbunden sind, gerade gegenüber den Beziehern hoher Einkommen immer wieder geltend gemacht werden. Diese Belastungen wurden aber im Laufe der Zeit akzeptiert, da jeder sehen konnte, dass sie sozial gerecht nach den Kriterien der Leistungsfähigkeit verteilt wurden. Und wichtiger noch: Jeder sah die Chancen für seine Lebensqualität vor Augen, die ihm die abgeforderten Veränderungen bringen würden.

Literatur

- Arendt, H. (1985), „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ *Viva activa oder Vom tätigen Leben*, 4. Aufl. München/Zürich 1985
- Beck, U. (1999), *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*, Frankfurt/ New York 1999;
- Bergmann, J., (1998), Die negative Utopie des Neoliberalismus oder die Rendite muss stimmen, in: *Leviathan* 3/1998
- Dahrendorf, R. (1980), Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, in: Matthes, J. (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft?* Frankfurt 1983, S. 25 ff.; vgl. auch: ders., *Im Verschwinden der Arbeitsgesellschaft. Wandlungen der sozialen Konstruktion des menschlichen Lebens*, in: *Merkur* 34/1980.
- Elias, N. (1985), Thomas Morus' Staatskritik, in: Vosskamp, W. (Hrsg.), *Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie*, Bd. 2, Stuttgart 1985
- Frankfurter Rundschau (1994), *Frankfurter Rundschau (Dokumentation)* vom 1. 2. 1994
- Frankfurter Rundschau (1998), *Frankfurter Rundschau* vom 4. 12. 1998
- Giarine, O., Liedtke, P. M. (1998), *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome*, Hamburg 1998
- Gorz, A. (1983), *Wege ins Paradies*, Berlin 1983
- Ders. (1989), *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Berlin 1989
- Habermas, J. (1985), *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt am Main 1985
- Kommission für Zukunftsfragen (1997), *Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage*, Bonn, November 1997
- Senatsverwaltung für Arbeit (o.J.), *Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (Hrsg.), Die Sackgassen der Zukunftskommission, Schriftenreihe der Senatsverwaltung*, Bd. 33, Berlin o.J.

Zusammenfassungen

Welsch, Johann

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft – Ein Blick zurück von Morgen

in WSI-Mitteilungen 10/2000, Seiten 629–638

Nach einem Vierteljahrhundert Massenarbeitslosigkeit und dem 1998 erfolgten fundamentalen politischen Wechsel zu einer rot-grünen Regierung ist die Frage nach der Zukunft von Arbeit und Arbeitsgesellschaft aktueller denn je. Wie muss die Arbeitsgesellschaft sich verändern, um eine Zukunft zu haben? Hat sie überhaupt noch eine Zukunft? Der Autor wählt zur Erörterung dieser Fragen einen ungewöhnlichen Zugang: die „Zukunftserzählung“. Er berichtet fiktiv aus dem

Jahr 2030 und beschreibt ein positives Szenario der Veränderungen, die im ersten Drittel des neuen Millenniums eintreten (müssten), um der Arbeitsgesellschaft eine neue, zukunftsfähige Form zu geben. Auf diese Weise lassen sich Zukunftsfragen für die aktuelle Diskussion herausarbeiten und zuspitzen. Denn die Zukunftserzählung beinhaltet eine Utopie bzw. ein Phantasiebild, „das Lösungsvorschläge für ganz bestimmte ungelöste Probleme der jeweiligen Ursprungsgesellschaft enthält, und zwar Lösungsvorschläge, die entweder anzeigen, welche Änderungen der bestehenden Gesellschaft die Verfasser oder Träger einer politischen Utopie herbeiwünschen oder welche Änderungen sie fürchten und vielleicht manchmal beide zugleich.“ (Norbert Elias)